

Bernadette Ségol
Generalsekretärin des Europäischen Gewerkschafts-
Bundes
Entwurf Rede Hannover IGBCE Kongress

13. Oktober 2013, Hannover

[Es gilt das gesprochene Wort]

Verehrte Gäste! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nicht nur die Europäische Union braucht neue Wege zur Integration und eine Vertiefung der Zusammenarbeit, auch die europäische Gewerkschaftsbewegung muss ihre Integrationsfähigkeit verstärken und ihre Zusammenarbeit vertiefen. (Beifall)

Dass Ihr mir zur Eröffnung Eures Kongresses das Wort gebt, das empfinde ich als eine Aufforderung an den EGB, auf seine beiden Grundpfeiler zu setzen: auf die Gewerkschaftsbünde, aber auch auf die europäische Gewerkschaftsdelegation.

Euer Vorsitzender Michael Vassiliadis ist auch Präsident der IndustriAll European Trade Union. Ich will hier ganz klar sagen, dass die Kooperation und Zusammenarbeit mit IndustriAll und auch allen anderen Gewerkschaftsföderationen für mich und für den EGB wichtig sind.

Immer klarer wird, dass neoliberale Konzepte zur Überwindung der Krise gescheitert sind. Banken wurden gerettet, und nicht zuletzt auf Drängen der deutschen Regierung wurde den Mitgliedsländern, die am stärksten von der Krise betroffen sind, eine Rosskur verpasst, sodass die Krisenkosten vor allem denen aufgebürdet wurden, die sie nicht verursacht haben. (Beifall)

Die Folgen dieser Politik sind am Arbeitsmarkt zu sehen. Mit dem Slogan „Flexibilität“ werden andere prekäre Beschäftigungsverhältnisse gefördert. Aus Rent a Car wird Rent a Worker.

Ein anderes katastrophales und zukunftsbedrohendes Ergebnis dieser Politik ist ein drastischer Anstieg der Jugendarbeitslosigkeit. Hier steht die Zukunft einer ganzen Generation auf dem Spiel und damit auch die Zukunftsfähigkeit unserer Sozialsysteme.

Die Ankündigung einer Ausbildungsgarantie für jugendliche Arbeitslose ist gut gemeint. Es kann aber sein, dass hier ein Adler aufsteigt, der am Ende als Kentucky Fried Chicken landen könnte. (Beifall)

Lohndumping ist an der Tagesordnung, auch in Deutschland. Manche Nachbarn beklagen sich, dass diese Praxis zu Wettbewerbsverzerrungen führt. Es kann nicht sein, dass der Sozialstaat faktisch Lohnsubvention betreibt. Das widerspricht den sozialen Prinzipien der Marktwirtschaft. Wenn die Menschen von ihrer Arbeit nicht menschenwürdig leben können, dann ist es höchste Zeit für einen klaren Kurswechsel. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Einführung eines Mindestlohns, wie ihn die deutschen Gewerkschaften fordern, ist nicht nur ein Gebot der sozialen, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft. Ich habe die Hoffnung, dass durch die veränderte Konstellation in der deutschen Politik die nächste Bundesregierung das Projekt „Mindestlohn“ umsetzen und sich vor allem vom Diktat der Wirtschaft verabschieden wird, sowie den Krisenländern mehr Zeit einräumt und die harten Sparauflagen mit Blick auf die sozialen Folgen mildert. (Beifall)

Die Realwirtschaft in den Krisenländern droht ansonsten erdrosselt zu werden. Wir brauchen einen klugen Politikmix, damit die Konjunktur in Europa wieder auf die Beine kommt. Ich füge aber ausdrücklich hinzu, dass gesunde Staatsfinanzen und Steuergerechtigkeit von großer Bedeutung sind. Wir sollten auch nicht übersehen, dass in manchen Mitgliedsländern die Regierungsführung einer deutlichen Verbesserung bedarf.

Kolleginnen und Kollegen, 60 Prozent der Befragten einer europaweiten Untersuchung wollen einen Kurswechsel. Für sie und für uns alle ist Austerität nicht die richtige Antwort auf die Krise. Was wir jetzt fordern, das ist eine Vertiefung der sozialen Dimension. Die Kommission hat fünf soziale Indikatoren definiert, die aus unserer Sicht geeignete Kriterien sind, um die soziale Dimension zu sichern. Aber das ist nicht genug. Es wird nicht ausreichen, um die negativen Folgen der Austerität auszugleichen. Wir teilen aber die Meinung der Kommission, dass der soziale Dialog ein unverzichtbares Instrument ist. In einigen Ländern gibt es dabei erheblichen Nachholbedarf.

Kolleginnen und Kollegen, Europa braucht eine industriepolitische Initiative verbunden mit privaten und öffentlichen Investitionen in Forschung, in Entwicklung, in Innovationen, in Bildung und in unsere Infrastruktur. Dabei müssen die ökologischen Lücken geschlossen, die Entwicklung von Umwelttechnologie gefördert und neue Märkte für nachhaltige Produkte und Dienstleistungen erschlossen werden.

Eine zentrale Bedeutung kommt dabei der Energieversorgung zu. Europa braucht Versorgungssicherheit und eine gezielte Förderung umweltfreundlicher, ressourcenschonender und effizienter Energieformen. Eine erfolgreiche Umsetzung der Energiewende in Deutschland ist auch für Europa wichtig.

Sie wird allerdings nicht im nationalen Alleingang zu realisieren sein, sondern muss europakompatibel sein. (Beifall)

Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit muss für uns Priorität haben. Wir brauchen ein europäisches Investitionsprogramm für Wachstum und Beschäftigung in Höhe von ein bis zwei Prozent des Bruttosozialproduktes der EU. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat einen Vorschlag unterbreitet, der eine positive Grundlage für die Erarbeitung eines gemeinsamen Konzeptes ist.

Es gibt viel zu tun - auch in Deutschland. Seit einiger Zeit wird bei Euch eine lebhaftere Diskussion über die Defizite des Landes in den Bereichen Bildung und Infrastruktur geführt. Dieses Defizit ist keine deutsche Besonderheit. Es ist europäische Realität.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben heute in der EU ein erhebliches Demokratiedefizit und eine zunehmende Tendenz, von oben nach unten zu regieren. Das Europäische Parlament wird dabei vor allem als Störfaktor betrachtet, und die niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europäischen Parlament dokumentiert den wachsenden Abstand zwischen der Europäischen Union und ihren Bürgerinnen und Bürgern. Mit Martin Schulz hat dieses Parlament einen streitbaren Präsidenten an seiner Spitze, der alle Gelegenheiten nutzt, um die demokratische Dimension in der Europäischen Union zu stärken, und der das Parlament mit großem Selbstbewusstsein vertritt. Der Europäische Gewerkschaftsbund weiß es zu schätzen, dass er uns vor den Sitzungen des Europäischen Rates konsultiert und unsere Positionen oft unterstützt.

Wahlergebnisse und Tendenzen in einigen Mitgliedsländern sind alarmierend, weil immer mehr Bürger retrograden Ideologen zulaufen, die das Rad der Geschichte zurückdrehen und Europa renationalisieren wollen. Mit einer perfiden Ausländerfeindlichkeit wird Stimmung gemacht und dem rechten Rand der Boden bereitet. Vor allem in Österreich, aber auch in Belgien, den Niederlanden, Frankreich, Ungarn und Griechenland haben sie zunehmend Zulauf. In Deutschland hält sich das glücklicherweise noch in Grenzen.

Der Bürokratievorwurf und die Regulierungsgswut spielen dabei eine besondere Rolle. Die Kommission ist sich dessen offensichtlich bewusst und hat in der letzten Woche angekündigt, eindeutig sinnlose Regulierungen zurückzunehmen. Aber gesagt sei auch, dass der Bürokratievorwurf manchmal allzu beliebig an die Adresse Europas gerichtet wird. Regelungen und Regulierungen sind Teil jeder Staatspraxis. Ein deutscher Kollege hat mir in dem Zusammenhang die Lektüre der deutschen Wurstverordnung empfohlen, (Heiterkeit) und diesem Rat werde ich bei Gelegenheit folgen. (Heiterkeit und Beifall) Aber ganz egal, was drinsteht: Deutsche Wurst schmeckt auch einer Französin. (Heiterkeit und Beifall)

Allerdings setzt die Kommission in ihrer Deregulierungsstrategie auch mal gern an der falschen Stelle an. In der letzten Woche kündigte sie unter dem Titel „Fit für Wachstum“ an, dass sie bereits getroffene Vereinbarungen zwischen den Sozialpartnern nicht umsetzen, sondern revidieren oder blockieren will. Das betrifft eine Sozialpartnervereinbarung über Gesundheitsschutz und Arbeitssicherheit im Friseurhandwerk und wichtige Richtlinien zu Teilzeitarbeit. Darüber hinaus sollen Informations- und Konsultationsrechte der Arbeitnehmer auf den Prüfstand, um sie businessfreundlicher zu gestalten. Dies ist eine Aufweichung der ohnehin defizitären sozialen Dimension des Binnenmarktes und eine Schwächung des Sozialdialogs. Dem werden wir uns widersetzen. (Beifall)

Kolleginnen und Kollegen, das europäische Haus ist nicht steinalt. Es ist in die Jahre gekommen. Für uns alle und vor allem für junge Generationen haben Grenzen heute weithin keine trennende Wirkung mehr. Das ist für die Menschen mittlerweile alltägliche Selbstverständlichkeit.

Aber das alleine ist nicht ausreichend. Wir brauchen eine Generalüberholung. Eine Währungsunion ohne eine politische und Sozialunion kann auf Dauer nicht gut gehen, (Beifall) und das lässt sich im geltenden Unionsvertrag durchaus verwirklichen.

Die Politik muss handeln. Die Zeit läuft uns davon. Wir müssen immer wieder klarmachen, dass die Globalisierung und die zunehmende Verflechtung der Weltwirtschaft eine Stärkung des europäischen Projektes verlangen. Wenn die Union Freihandelsverträge verhandelt - aktuell zum Beispiel mit der USA oder Marokko -, dann müssen diese Verträge soziale und rechtliche Schutzklauseln enthalten, und zwar auf Grundlage der Standards der Internationalen Arbeitsorganisation.

Mancher Nationalpolitiker nimmt Europa offensichtlich nicht wirklich ernst. Wenn zum Beispiel der bayrische Ministerpräsident eine Straßennutzungsgebühr in Deutschland nur für Ausländer fordert, so tut er das in der Gewissheit, dass dies dem Europarecht widerspricht.

Aber vielleicht kam es auf gar nicht so subtile Weise auf das Wort „Ausländer“ an.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in meiner französischen Heimatregion ist Rugby sehr populär. Ich bin also keine Fußballexpertin. Aber wir alle wissen, dass menschenwürdige Arbeitsbedingungen - was menschenwürdige Arbeitsbedingen - sind. – Entschuldigung für mein französisches Deutsch. (Beifall)

Die Frage ist also, ob die Weltmeisterschaft in neun Jahren in einem Land stattfinden soll, in dem Zigtausende von Arbeitnehmern auf skandalöse Weise ausgebeutet und entrechtet werden. Die Frage ist nicht, ob der Ball im Sommer oder im Winter rollt. Der EGB hat den UEFA-Chef Michel Platini aufgefordert zu handeln. Er hat positiv reagiert: Wir werden am Ball bleiben. (Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die deutschen Gewerkschaften haben in der noch jungen Geschichte der europäischen Gewerkschaftsbewegung eine prägende Rolle gespielt. Vor einigen Jahrzehnten wurde die Mitbestimmung in Teilen der europäischen

Gewerkschaftsbewegung als Kollaboration mit dem Kapital karikiert. Darüber ist die Zeit hinweggegangen. Heute ist das Konzept der Mitbestimmung eine Referenz für eine wirksame Interessenpolitik und eine besondere Form der Sozialkultur. Die Mitbestimmung ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist eine Konsequenz aus der deutschen Sozialgeschichte, und sie war das Ergebnis eines Kampfes.

Wichtig ist aber auch, dass 18 Mitgliedsländer Mitbestimmungsregelungen haben, die den deutschen ähnlich sind und manchmal sogar darüber hinausgehen. Hier müssen wir weiter und zügiger vorankommen, und daran arbeiten wir. (Beifall)

Dem Virus der Renationalisierung in Europa muss der Zugang zur europäischen Gewerkschaftsbewegung versperrt bleiben. Wir brauchen nicht weniger, sondern mehr Europa, auch in den Gewerkschaften. Vielfalt ist Teil unserer Kultur, aber sie ist nicht das Gegenteil von Einheit und Geschlossenheit.

Reiner, Du bist Dir darüber ganz bewusst, weil Du acht Jahre an der Spitze des EGB gearbeitet hast. Um diese starke europäische Gewerkschaftsbewegung zu erreichen, brauchen wir die Kraft der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Wir brauchen Eure Kraft und weiterhin das Engagement der deutschen Gewerkschaften.

Ich danke für die Einladung. (Beifall) Ich danke auch für Eure Geduld, bitte für mein Deutsch um Nachsicht und wünsche Euch Erfolg. Glück auf! (Lebhafter Beifall)